

Die Bundestagswahl am 22.09.2013

- Ein Wahlvorbericht -

von Horst Kahrs

Inhaltsverzeichnis

1. Die Vorwahlergebnisse	1
1.1. Verankerung der Parteien in der Wahlbevölkerung	3
2. Zur politischen Ausgangslage	5
2.1. Der Wahlkampf	5
2.2. Die Parteien	7
3. Stand der Meinungsbildung im Spiegel der Sonntagsfrage	11

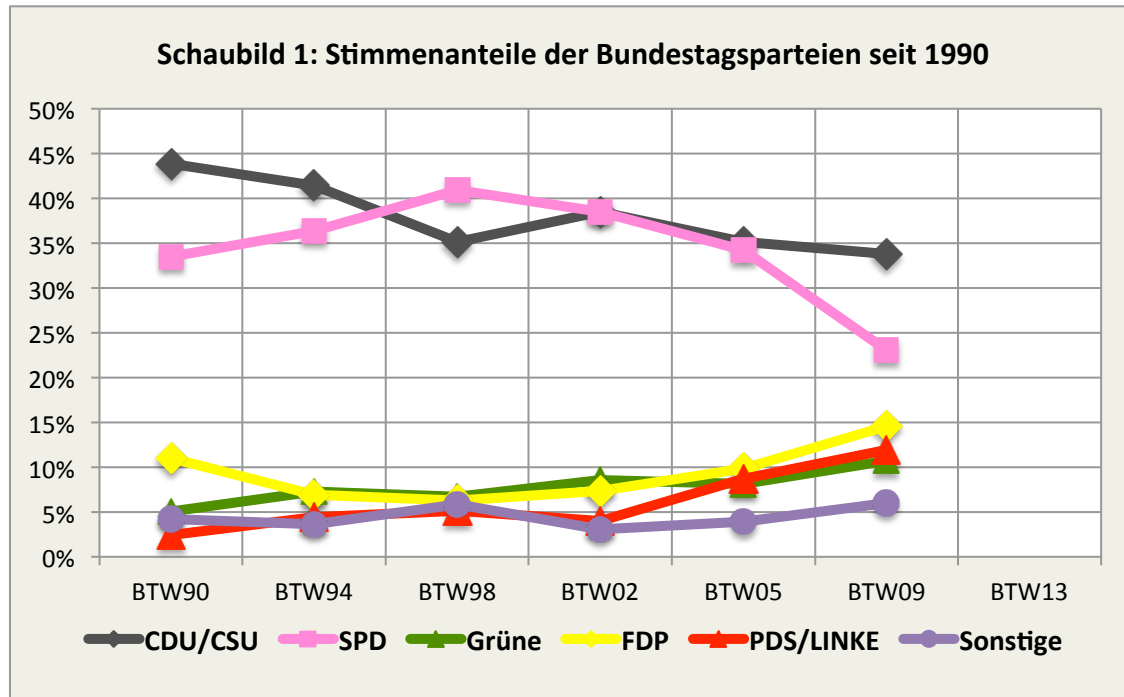
1. Die Vorwahlergebnisse

Tabelle 1: Das Wahlergebnis 2009 im Überblick

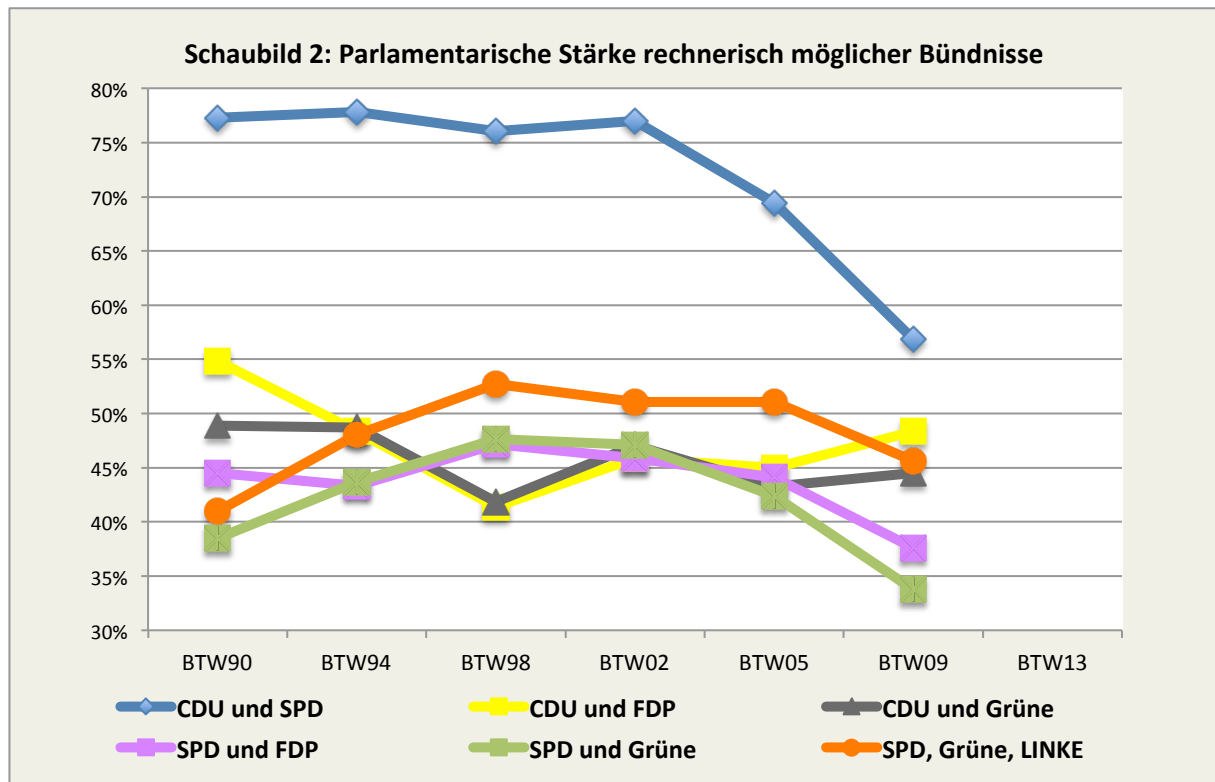
	Bund	Ost	West	MdB
Wahlbeteiligung	70,8%	64,7%	72,2%	
CDU und CSU	33,8%	29,8%	34,6%	239
SPD	23,0%	17,9%	24,1%	146
Grüne	10,7%	6,8%	11,5%	68
FDP	14,6%	10,6%	15,4%	93
Linke	11,9%	28,5%	8,3%	76
Piratenpartei	2,0%	1,9%	2,0%	
NPD	1,5%	3,1%	1,1%	

CDU/CSU einschließlich 24 Überhangmandate.

Regierungsmehrheit 332: 290 (ohne Überhangmandate 308:290)



Die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler betrifft in der Regel nicht die Regierung, sondern die Stärke der Parteien. Die Regierungsbildung ist Sache der Parteien. Inwieweit sie mit dem eigenen Abgrenzungs- und Identitätsbedürfnis dabei den Wählerwillen widerspiegeln, bleibt eine offene Frage. Mit der Piratenpartei tauchte zuletzt eine Formation auf, die den Modus Parteiwille = Wählerwille in Frage stellte und nicht ohne erstaunliche Resonanz vorschlug, themenorientierter zu wählen, etwa die Energiepolitik der Grünen mit der Sozialpolitik der Linkspartei und Sicherheitspolitik der Union kombinieren zu können. Unterstellt man, dass dem Grunde nach alle gewählten Parteien miteinander koalitionsfähig sein könnten, dann gilt: Die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages, die parlamentarische Repräsentation der wählenden Bevölkerung lässt jeweils unterschiedlicher Bündnisse zur Bildung einer Regierung (rechnerisch) möglich erscheinen (vgl. Schaubild 2). 1994 erzielten CDU und FDP, CDU und Grüne sowie SPD, Grüne und PDS jeweils zusammen zwischen 48% und 49% der gültigen Stimmen. Die Konstellation SPD, Grüne, PDS/Linke hatte von 1998 bis 2005 Stimmenanteile von über 50%, allerdings waren die vier Prozent der PDS von 2002 nur durch zwei direkt gewählte Abgeordnete repräsentiert. Erstmals 2009 ergab die Wahl infolge der hohen SPD-Verluste wieder eine Stimmenmehrheit vor CDU und FDP, gleichzeitig schrumpfte die Basis für eine »große« Koalition auf gut 55% der Stimmen.



Diese prinzipielle Offenheit wird in der politischen Realität auf zweifache Weise geschlossen: Erstens entscheiden die Wähler_innen und Wähler nicht (nur) über Sachthemen, sondern sie übertragen Personen und Parteien die politische Gestaltung der kommenden vier Jahre, also das Vertrauen, in ihrem Sinne in einer prinzipiell offenen Zukunft zu handeln. Dabei geht es um Übereinstimmungen vor allem auf der Ebene von Werten, Ideologien, Weltanschauungen, Klassenstandpunkten. Die komplexe Abwägung in der Sache wird vereinfacht. Dem gleichen Zweck dient die Bildung politischer Lager. Ob es tatsächlich noch klar unterscheidbare politische Lager gibt, ist umstritten. Nicht umstritten ist allerdings, dass die Wahlbevölkerung die Parteien mehrheitlich in zwei Lager einteilt, in das Lager von Union und FDP, das sich gerne selbst noch als das »bürgerliche Lager« bezeichnet. Und auf der anderen Seite das »sozialdemokratische« oder »linke Lager«, zu dem SPD, Grüne und Linkspartei gezählt werden, die aber gar kein gemeinsames Lager bilden wollen. Warum CDU und Grüne nicht Zusammenarbeiten, war bis vor wenigen Jahren kein Frage, sondern wie selbstverständlich ausgeschlossen. Warum SPD, Linke und Grüne nicht zusammenarbeiten, ist in den Augen vieler indes eine Frage, die bei den einen Ängste, bei den anderen Hoffnungen auslöst. Hier lebt die alte Weisheit der Arbeiterbewegung fort, dass die Kleinen gegen die Großen nur eine Chance haben, wenn sie zusammenarbeiten. Das Denken in zwei politischen Lagern lebt fort. Interessanterweise wurde es vor allem vom »bürgerlichen Lager« angerufen.

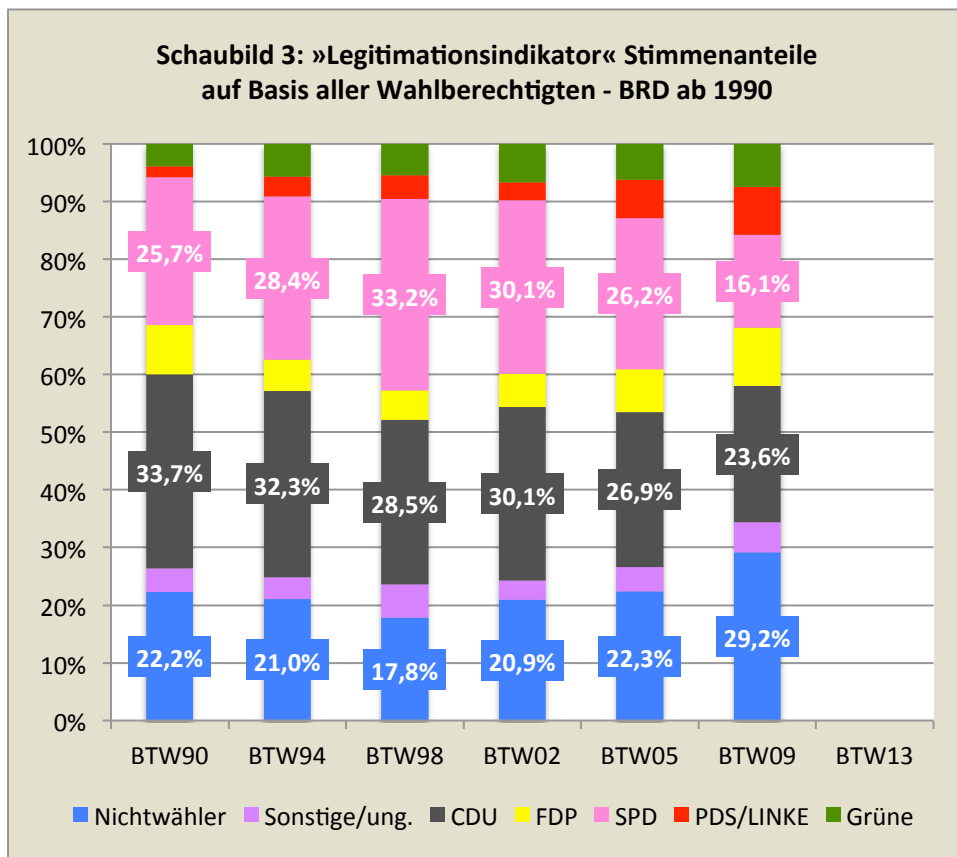
1.1. Verankerung der Parteien in der Wahlbevölkerung

Die Verankerung der Parteien unter der wahlberechtigten Bevölkerung hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten, seit dem Rückgang der Wahlbeteiligung ab der Bundestagswahl 1983, in mehrfacher Weise verändert:

- der Anteil derjenigen Wähler_innen, die aus familiärer, ideologischer oder über Werte und Milieus vermittelter Verbundenheit immer die gleiche Partei wählen, unabhängig von Kandidaten, Programmen und Konstellationen, ist deutlich zurückgegangen; unterschiedliche Schätzungen beziffern den Anteil meist auf noch ein Fünftel der Wähler_innen;
- der Anteil der taktischen Wähler_innen, die sich erst relativ spät festlegen und für deren Wahlentscheidung mögliche parlamentarische Konstellationen eine herausgehobene Bedeutung haben, hat deutlich zugenommen;
- der Anteil der Briefwähler_innen, die sich bereits z.T. deutlich vor dem Wahltag und vor der Endphase des Wahlkampfes entscheiden, ist beständig gewachsen, 2009 auf fast ein Viertel aller Wähler_innen;

- der Anteil der Wähler_innen, die mit ihrer Parteibindung brachen und – oft über einen Zwischenstopp bei einer anderen Partei – gar nicht mehr wählen gehen, ist gestiegen;
- die steigende Walenthaltung ist ein unter jüngeren Wählerschichten deutlich stärker verbreitetes Phänomen;
- die Wahlenthaltung ist über alle Schichten und Klassen hinweg gestiegen, hat aber seit Mitte der 1980er Jahre in den unteren Schichten und Klassen viel stärker zugenommen; Wahlkämpfe wurden mehr zum Kampf um die Stimmen in den mittleren und oberen Schichten und Klassen;
- die wachsende Wahlenthaltung ist Ausdruck der wachsenden Distanz zwischen dem politischen System, den Angehörigen der politischen Klasse und den unterschiedlichen Lebenswelten, dem verloren gegangenen demokratischen Urvertrauen, wonach demokratische Entscheidungen die eigenen Lebensverhältnisse bzw. die gesellschaftlichen, die gemeinschaftlichen Bedingungen des Alltags positiv beeinflussen können, sie ist Spiegelbild der sozialen Spaltung und (Selbst-)Ausschließung aus einer gemeinsamen politischen Öffentlichkeit, aus dem Kreis der »gemeinsamen Angelegenheiten«.

Alle Faktoren zusammen führen zu einer schrumpfenden Legitimationsbasis des parlamentarischen Systems. In der 17. Legislaturperiode war mehr als Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung nicht repräsentiert (29,2% Nichtwähler und 5,2% Wähler_innen »sonstiger Parteien«). Die beiden größten Parteien repräsentierten zusammen nur noch knapp zwei Fünftel der Wahlberechtigten, während es in den 1990er Jahren mehr als drei Fünftel waren.



2002: 3,1%-Anteil der PDS durch zwei direkt gewählte Abgeordnete repräsentiert

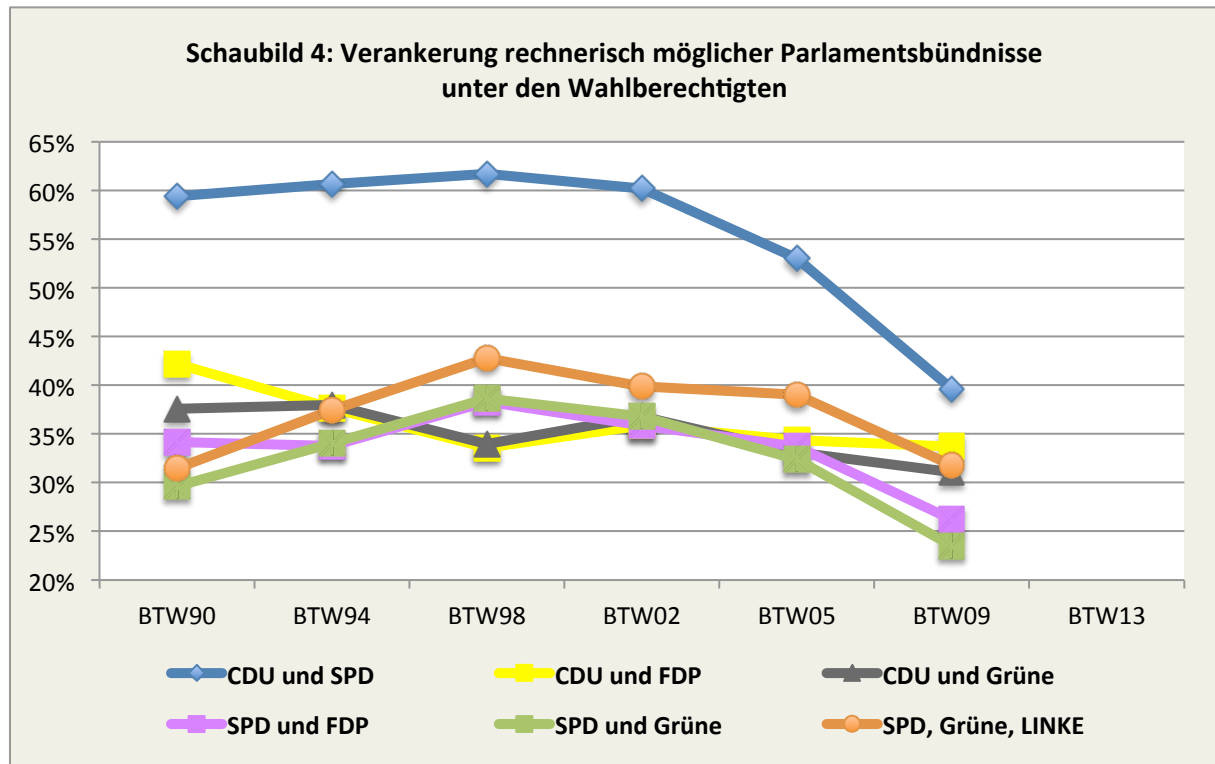
Die schrumpfende Legitimationsbasis in Verbindung mit abnehmender Parteibindung bedeutet nicht eine wachsende Beteiligung an nicht repräsentativ-parlamentarischen Demokratieformen oder an außerparlamentarischen Aktivitäten. Sie kann am ehesten als abwartende Gleichgültigkeit beschrieben werden. Sie erklärt andererseits aber auch, warum es eine hohe Beweglichkeit bei politischen Stimmungen (»Umfragehochs«) und auch bei Wahlergebnissen (»Überraschungserfolge« dieser oder jener Partei) gibt.

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2009 erbrachte eine für die repräsentative Demokratie im Nachkriegsdeutschland einmalige Situation: Selbst ein Bündnis der beiden größten Parteien, von CDU und

SPD, hätte sich nicht mehr auf eine Mehrheit der Wahlberechtigten stützen können. Zusammen repräsentierten sie nur noch knapp 40% aller Wahlberechtigten. Die Regierungskoalition repräsentierte ein Drittel der Wahlberechtigten, die drei Oppositionsparteien knapp 32% aller Wahlberechtigten.

Die strategische Wahl der SPD, keine oppositionelle »Lager«-Mehrheit formen zu wollen, sondern »nur« eine rotgrüne, zeigt sich vor dem Hintergrund der letzten Wahlergebnisse als die strategisch aussichtsloseste Option zur Erlangung einer Kanzlermehrheit.

Aus Sicht des »bürgerlichen« Lagers, als das insbesondere die FDP, aber vor allem zu Wahlkampfzwecken auch die Union, die Regierungskoalition inszenieren, erweist sich dagegen die Option, den Wahlkampf als einen Lagerwahlkampf anzulegen und zuzuspitzen als überaus rationale Strategie: »die anderen« könnten eine rechnerische Mehrheit bekommen. Da es aus Sicht der Union letztlich immer um die Macht geht, hält es jeder Unionsanhänger auch für naheliegend, das »die anderen« das auch so handhaben, also im Zweifelsfall doch zusammengehen...



2. Zur politischen Ausgangslage

2.1. Der Wahlkampf

Wahlkämpfe können auf sehr unterschiedliche Art geführt werden. Es ist möglich, hochpolitische Wahlkämpfe zu führen, in denen die Bürger_innen und Bürger gefordert sind, politische Richtungsentscheidungen zu treffen. In den Wahlkämpfen 1969, 1972, 1983 und auch noch im 1990er Wahlkampf hatten die Parteien bzw. Bündnisse zugespitzte politische Fragestellungen zu bieten, die ihre Inszenierungen im Wahlkampf prägten. In anderen Wahlkämpfen der jüngeren Zeit waren Wahlkampfthemen in den Parteiinszenierungen zwar präsent, aber nicht dominant. Dieser Wahlkampf kommt komplett ohne wirklich prägende Themen aus. Was mehrheitlich das Alltagsbewusstsein umtreibt, wird von den Parteien nicht aufgegriffen. Wie geht es weiter mit der Eurokrise? Welche Rolle soll die deutsche Regierung in Europa spielen? Wie lässt sich die Energiewende sozial gerecht gestalten? Wie geht es mit dem Bildungssystem weiter, haben unsere Kinder eine bessere Zukunft zu erwarten? Was wäre zu tun gegen die sich vertiefende und verfestigende soziale Spaltung, gegen die Rückkehr alltäglicher Gewalt in die sozialen Beziehungen, gegen wachsende Abstiegsängste und Unsicherheitsgefühle, ja, wie wer dem Verlust demokratischer Tugenden, Kenntnisse und Fähigkeiten

entgegenzuwirken? Alles Fragen, die in der einen oder anderen Weise Alltagsgespräche und Lebenswelten prägen.¹ Alles Fragen, die am verbreiteten Unbehagen in der Bevölkerung anknüpfen würden, wonach die Zukunft nichts Besseres bringt und man von Glück sagen kann, dass es nicht schlechter wird.

Die allgemeine und persönliche wirtschaftliche Lage wird weit überwiegend positiv eingeschätzt. Deutschland kommt gut durch die Krise, aber sie ist noch lange nicht vorbei. Die wirklich großen Probleme bestehen in anderen Ländern. Aber niemand kann sich sicher sein, dass es so bleibt. Vor dieser Grundstimmung haben es wahlkämpferische Zuspitzungen zugegeben schwer. Einerseits ist das Gefühl verbreitet, dass es nicht gut läuft im Land, mit der wachsenden Kluft zwischen arm und reich, dem Zustand der Schulen, Straßen und Brücken. Andererseits erscheint jede Veränderung angesichts der undurchschaubar gewordenen komplexen wirtschaftlichen Zusammenhänge äußerst riskant. Eigentlich, so könnte man dieses Stimmungsbild zuspitzen, brauchen wir keine Politik, sondern eine gute Verwaltung der obwaltenden Verhältnisse.

Den Inszenierungen der Parteien gelingt es nicht, das letztlich apolitische Stimmungsbild zu durchbrechen, ein Bild, in dem es keine Alternative gibt. Keine Alternative zur – nicht nur ökonomischen - Macht des vermeintlichen neuen historischen Subjekts »die globalen (Finanz-)Märkte«, keine Alternative zur staatlichen Macht etwa der globalen Überwachungs-Eliten aus Geheimdiensten und Internet-Konzernen. Der demokratische Staat schafft es nicht, seinen Souverän, das Volk, vor der wirtschaftlichen Macht und der globalen Überwachungsmacht anderer Staaten und Konzerne zu schützen.

Die Abwesenheit von wichtigen Themen im diesjährigen Wahlkampf hat aber natürlich auch etwas mit der »Großen Einigkeit« der großen Parteien zu tun. Die deutsche Strategie in der Eurokrise, die »Neue Internationale« der Geheimdienste nach dem 11. September, die massive Subvention der Energiewende-Investitionen des Kapitals durch die Lohn-, Gehalts- und Transfereinkommen der Stromverbraucher – immer liegen CDU, SPD und Grüne dicht beieinander, und schaffen Mehrheiten gegen abweichlerische Minderheiten in den eigenen Reihen. Wo grundlegende Richtungsfragen in der Sache nicht zu haben sind, verkürzt sich der Wahlkampf dann auf die Inszenierung von Personen und Konstellationen und eine kurz »heiße Phase« von zwei bis drei Wochen.

Weil der Wahlkampf wenig von Themen und tatsächlichen politischen Polarisierungen geprägt war, ist scheinbar paradoxer Weise der Ausgang erstaunlich offen. Die amtierende Koalition hat keine sichere Umfrage-Mehrheit, die von der SPD angebotene rot-grüne Alternative ist meilenweit von einer eigenen Mehrheit. Eine Wechselstimmung ist nicht entstanden. Die Mehrheit der befragten Wahlbürger will »Merkel III.«, aber keine Neuauflage der schwarz-gelben Koalition. Die Mehrheit bevorzugt eine Koalition aus SPD und CDU, was für das Wissen der Wähler_innen um die politische Nähe beider Parteien, aber auch für ein tiefsitzendes Unsicherheitsgefühl bezüglich dessen, »was auf uns noch zukommt«, spricht. Im Windschatten einer solchen Mehrheitsstimmung ist vieles möglich. Die »Rettet uns«-Kampagne der FDP kann, unter den Bedingungen des neuen Wahlrechts, gelingen oder scheitern. Die »Alternative für Deutschland« könnte es, als eurokritische Stimme des marktwirtschaftlich gesonnenen Bürgertums, mit Hilfe von rechten Protest-Stimmen schaffen. Wie die Regierungsmannschaft zusammengesetzt ist, ist also durchaus offen. Sicher aber dürfte sein, dass die Union wieder die stärkste Fraktion im Bundestag stellen, dass der stärksten Fraktion die Kanzlerschaft zufallen und dass daher Angela Merkel Kanzlerin bleiben wird, weil es in der Union keine Alternative zu ihr gibt.

Die Stärke von Angela Merkel und der Union ist zugleich der politischen Unfähigkeit der Opposition geschuldet. Es ist politische Oppositions-Verweigerung, wenn es die stärkste Fraktion der Opposition verabsäumt, eine glaubwürdige Alternative zur Ablösung der Regierung zu formieren, wie es eben ihre Aufgabe in einer parlamentarischen Demokratie wäre. Die SPD hat dies erkennbar nicht vermocht und sich trotzig dem Glauben hingegeben, dass die Ergebnisse von Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen im Bund wiederholbar wären. Es blieb der Union und der FDP überlassen, die Gefahr eines »Linkskartells« aus SPD, Grünen und Linkspartei im Wahlkampf zu platzieren und einen recht einseitigen Lagerwahlkampf zu simulieren.

¹ Vgl. hierzu z.B. die Allensbach-Umfragen vom Januar, Juli und August, veröffentlicht in der FAZ; auch die monatlichen Zahlen des Politbarometers weisen in diese Richtung.

2.2. Die Parteien

Für die Union geht es um ihre Zukunft als Volkspartei. Der Kurs von Angela Merkel wurde innerparteilich und in befreundeten Medien als »Sozialdemokratisierung« der Union beschrieben. Merkel habe die Union nach links gerückt, in Fragen der Arbeits- und Lohnpolitik, der Familienpolitik. Tatsächlich hat sie, hierin Seehofer ähnlich, auf Stimmungen und Wünsche im eigenen Wählerpotential reagiert und somit die Sozialdemokraten abgewehrt und unter deren Anhängerschaft demobilisiert. Die marktliberale Mehrheit in der Union, die das Leipziger Programm des ersten Merkel-Wahlkampfes verantwortete, ist zur Minderheit in der Union geworden. Nun gilt es zu beweisen, dass der Merkel-Kurs tatsächlich dazu angetan ist, die Zahl der Stimmen, nicht nur die Prozente, zu steigern, und zwar insbesondere in den großen Städten, wo die Union zuletzt Bastion um Bastion verlor. Nur dann werden sich auch die Führer der Landtagsoppositionen weiter hinter Merkel versammeln. Im Wahlkampf wird dieses Ziel von Parteistrategen und ihrem medialen Umfeld auf zwei Wegen verfolgt: durch die positive Vermarktung von Angela Merkel als »Kanzlerin für Deutschland« und durch ein gezieltes negative campaigning gegen die SPD, der »Unzuverlässigkeit« in Sachen Ausgrenzung der Linkspartei nachgesagt wird; vor allem aber durch eine breit angelegte Kampagne gegen die Grünen (Stichworte: »Bevormundungspartei« in Sachen Ernährung usw., bürgerliche Steuererhöhungspartei und gekünstelte Skandalisierung in der Pädophilie-Debatte). Die Attacken gegen die Grünen richten sich gezielt an bürgerliche, städtische wie ländliche Wählerschichten, die z.T. in den Landtagswahlen zuvor von der Union zu den Grünen gewechselt waren. Sie wird begleitet von einer Debatte über die Energiewende bzw. das von den grünen geschaffene EEG, welches erstens den Strompreis hochtreibe und zweitens das »grüne Beschäftigungswunder« doch nicht geschaffen habe. Der Rückgang der Umfragewerte für die Grünen auf ihr angestammtes Niveau spricht für den Erfolg der Unions-Strategie. Möglich also, dass nicht nur Horst Seehofer die Wiederkehr der CSU als Volkspartei feiern kann, sondern auch die CDU wieder an der 40%-Marke ankommt.

Für die FDP geht es um das nackte parlamentarische Überleben. Sie hat ihr Wahlversprechen - Steuerensenkungen – nicht halten können bzw. an kleine Klientelgruppen verkauft. Sie konnte aus der Vielzahl ihrer Ministerien kein politisches Kapital gewinnen. Am Ende hat sie lediglich ein Wahlkampfthema: »Nur mit uns in der Regierung werden Steuererhöhungen vermieden.« Gleichzeitig hat sie wegen ihrer Haltung in der Eurokrise in marktliberalen Kreisen an Zuspruch verloren und sich ohne Not an die Union gekettet.² Es ist damit zu rechnen, dass die FDP eine auseichende Zahl von Stimmen mobilisieren kann, die Merkel unbedingt mit Rösler und Brüderle weiterregieren sehen wollen.

Für die SPD geht es, glaubt man der abgefragten Stimmungslage, nur noch darum, Peer Steinbrück achtbar aus der Patsche zu ziehen. Dass er eine Kanzlermehrheit erreicht, glaubt niemand, dass er bei einer Neuauflage des »Die-Sparguthaben-sind-sicher«-Bündnisses von 2008 mitmacht, hat er selbst ausgeschlossen. Man kann ihn, Stefan Raab hat recht, nicht wählen, weil er in der Woche nach der Wahl weg sein will. Als Regierungsperspektive bleibt die Koalition mit der Union unter den Fittichen von Angela Merkel. Im Gegensatz zu 2005 könnte die SPD dieses Mal darauf spekulieren, dass sie »nach Merkel III.« anders als 2009 als die unverbrauchte Regierungspartei und mit Hilfe einer rot-grünen Bundesratsbank erfolgreicher herauskommt. Tatsächlich hat sich die SPD selbst in diese strategische Sackgasse manövriert. Sie wollte nicht anerkennen, dass die Linkspartei neben ihr existiert und setzte lange Zeit darauf, sie aus dem Bundestag heraushalten zu können, wenn es tatsächlich, wie in einigen westdeutschen Ländern, gelänge, eine Wechselstimmung von Rotgrün vs. Schwarzgelb zu erzeugen. Übersehen wurde, dass die Linkspartei im Westen vor allem ein bundespolitisches Phänomen ist und dort bei Bundestagswahlen immer deutlich besser mobilisieren konnte als bei Land-

² Stellvertretend für weitere Kommentare und die verbreitete Enttäuschung über die ordnungspolitische Unzuverlässigkeit der FDP sei dieser Kommentar aus der FAZ zitiert: »Wie weit sich die FDP von grundlegenden ordnungspolitischen Prinzipien entfernt hat, ist nirgends besser zu sehen als in der Euro-Krisenpolitik. Hier wirkt die FDP nur noch als ein Anhängsel von CDU-Finanzminister Schäuble. Kein Wunder, dass manch wettbewerbsorientierter Wähler bei der neuen Partei AfD die besseren, marktwirtschaftlichen Argumente findet. In den Reaktionen der FDP auf den Schock von Bayern mischt sich Panik mit Ratlosigkeit. ... Es ist keine marktwirtschaftliche Politik, sich an die CDU zu klammern und um der Macht willen um Zweitstimmen zu betteln.« (Holger Steltzner: Die Panik der FDP; in: FAZ 216, 17.09.2013, S. 11)

tags- und Kommunalwahlen. Schnell zeigte sich zudem nach der Ausrufung von Steinbrück zum Kanzlerkandidaten die Hybris dieses Vorhabens. Neben der Frage, ob die SPD vielleicht doch noch in Regierungssesseln landet, geht es für die SPD um zu zwei Fragen: Wie viele Wähler sind durch eine »haustürnahe« Wahlkampagne und einen kämpferischen Auftritt in den letzten zwei Wochen tatsächlich wieder aus dem viel beschworenen »Wartesaal« der Partizipation zur Sozialdemokratie zu locken? Und wie sind am 23.9. die Ausgangskonstellationen für die Vollendung des politischen Generationenwechsels in der SPD?

Die Grünen hatten das Ziel, ihre Einbrüche in neue bürgerliche Wählerschichten zu festigen und so vielleicht doch zum Motor einer Neuauflage von Rotgrün werden zu können. Der Gegenoffensive der Union haben sie kaum etwas entgegensetzen. Jetzt kämpfen sie nur noch um eine Verbesserung ihres Ergebnisses von 2009. Ein Scheitern der Strategie, auf eine Neuauflage der rotgrünen Zusammenarbeit zu setzen, wird Folgen für die weitere Debatte um die strategische Ausrichtung der Grünen-Partei und die Erweiterung ihrer strategischen Optionen haben. Sie wird aber auch einen politischen Generationenwechsel, der noch durch Künast, Trittin, Roth blockiert wird, antreiben. Die Gegenmobilisierung seitens der Union nimmt Bezug auf die Steuererhöhungspläne (siehe unten) und den angeblich verpflichtenden »Veggie-Day«, der als typische grüne besserwisserische Bevormundungspolitik verunglimpft wird. Die Brandmarkung als geplanter staatlicher Übergriff auf die individuelle Freiheit der Lebensgestaltung richtet sich, jenseits der vordergründigen Inszenierung, gegen jene politischen Positionen, wonach in den hochentwickelten Industriegesellschaften aus Gründen der globalen Gerechtigkeit und der Umwelt sich die Lebensweise ändern müsse und dass dies nicht nur eine Frage individueller Entscheidungen, sondern auch der gesellschaftlichen, politischen Ermöglichung und Wirkmächtigkeit anderer Verhaltensweisen und Konsumententscheidungen ist.

Mit der fatalen Koalitions- bzw. Ausschließungsstrategie von SPD und Grünen gegenüber der Linkspartei würde nicht nur eine Wiederauflage einer rotgrünen Koalition scheitern. Das wäre im Lande verkraftbar, für Europa in der gegenwärtigen Krise ein Verlust an alternativer Zukunftsperspektive. Scheitern würde auch der Versuch, die verteilungspolitischen Auswirkungen der rotgrünen Steuerbeschlüsse von 1999ff durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, eine Besteuerung von Vermögen und Erbschaften einzuhegen und wieder mehr Geld in die öffentlichen Kassen für Gemeinschaftsaufgaben, für die öffentliche Infrastruktur zu holen, also haushaltspolitische Spielräume für politische Richtungswechsel zu erhöhen. Diese Gefahr hat die Regierungskoalition früh erkannt und mit einer Abwehrfront gegen »die Steuererhöhungspläne des Linkskartells« zu bannen versucht. Selten konnte man in einem Wahlkampf von interessierter Seite so exakt erfahren, welche Auswirkungen die Steuerpläne der einzelnen Parteien auf das eigene Portemonnaie haben würden. (Die Gegenrechnung, welcher Gewinn an öffentlicher Wohlfahrt dem gegenüber stände, wurde natürlich unterschlagen.) Man kann es als strategischen Fehler betrachten, einen Steuererhöhungswahlkampf führen zu wollen, wie es manche Beobachter nun insbesondere den Grünen vorhalten. Tatsächlich beginnt der Fehler allerdings mit einer Unterschätzung der Gegenkräfte, mit dem Verzicht auf eine gesellschaftliche Mobilisierung und mit der Selbstbeschränkung auf Wahlkampfzeiten. Die SPD hat sich angesichts des aufziehenden Gegenwindes bereits vor der heißen Wahlkampfphase auf ihr weiches sozialdemokratisches Kernthema »soziale Gerechtigkeit« zurückgezogen. Die Grünen zogen mit der Konzentration auf ihre Kernthemen Energie und Umwelt Anfang September nach. Es geht beiden letztlich nur noch um die Mobilisierung der eigenen Anhänger, nicht mehr ums Gewinnen. Ohne die Finanzausstattung des Gemeinwesens tatsächlich zu einem zentralen Thema der Wahlentscheidung gemacht zu haben, wird nun gleichwohl darüber eine Entscheidung getroffen, die wiederum ihre Schatten auf zukünftige Wahlkämpfe werfen wird. Fatal wäre dies deshalb, weil damit der Versuch gescheitert wäre, aus der ebenfalls selbst geschaffenen strategischen Sackgasse sozialdemokratischer Politik, der »Schuldenbremse«, über die Einnahmeseite auszubrechen.

Für DIE LINKE geht es im parteipolitischen Wettbewerb in diesem Wahlkampf nur um ein großes Ziel: den sicheren und deutlichen Wiedereinzug in den Bundestag. Ob eine sieben, acht oder neun vor dem Komma steht oder das Ergebnis, wie von Gregor Gysi gehofft, sogar zweistellig wird, ist von zweitrangiger Bedeutung. Denn der Wiedereinzug in den Bundestag, eine dritte Legislaturperiode, bedeutet, dass die Strategie der Ausgrenzung der Linkspartei seitens Sozialdemokratie und Grünen gescheitert ist, dass sich die strategischen Handlungsbedingungen und –optionen für alle Parteien, aber insbesondere für SPD, Grüne und Linke, ändern werden. Es wird interessant sein, welche Kräfte in den Parteien dann nach der Wahl wie in Bewegung geraten. Der Wahlkampf der Linken war be-

reits in dieser Richtung angelegt. Ihr Plakate sprachen die Themen an, die die Linkspartei stark gemacht hatten, deren Umsetzung aber immer noch aussteht - Beispiel gesetzlicher flächendeckender Mindestlohn. »Genug gelabert!« richtet sich sowohl an »die anderen« als auch an »die eigene Partei«. Die Inszenierung eines Abwehr-Lagerwahlkampfes durch Union und FDP kam der Linkspartei insofern entgegen, als sie immer wieder Gelegenheit fand (und auch entsprechend befragt wurde), sich zu »rot-rot-grünen«-Möglichkeiten zu äußern. Die Antworten im Stile von »Wir stehen bereit, wenn...« knüpften einerseits an die roten Haltelinien des innerparteilichen Programm-Kompromisses an, ließen andererseits aber durchblicken, dass über Prioritäten und Zeiträume zu reden sein werde. Die steigenden Umfragewerte schienen diese Kommunikationsstrategie zu bestätigen. Tatsächlich gerieten dabei aber die Themen in Gefahr, ins Hintertreffen zu geraten gegenüber den Konstellationsfragen, die sich vorübergehend zu verselbständigen drohten in Gedankenspielen übers Koalieren, Tolerieren und dem, was (nicht) verantwortbar sei. Möglicherweise erweist sich diese Strategie gegenüber einem Teil der Wählerschaft als rational, jenen, die auf den »Nutzen« ihrer Stimme für tatsächliche Veränderungen schauen, aber kontraproduktiv gegenüber jenem Teil, der in der Linkspartei die Protestpartei sieht, die anders ist als die »Konsenssoße der anderen Parteien«. Die Frage ist also, welche Folgen diese Wahlkampf-Inszenierung über den 22.9. hinaus hat, wie weitere vier Jahre Oppositionsarbeit genutzt werden.

Das Abschneiden der Alternative für Deutschland ist die große Unbekannte in der Endphase des Wahlkampfes. Von manchen Instituten wird ihr der Einzug in den Bundestag zugetraut. Gelänge er, hielte eine brisante politische Mischung Einzug. Einerseits wären da bürgerliche marktliberale Kritiker des Euro-Krisenmanagements von Schäuble und Merkel und der Willfähigkeit des FDP-Führungspersonals, die aus dem Lager von Union und FDP kommen und in der Wirtschaftsredaktion etwa der FAZ wohlgesonnene Fürsprecher haben. Andererseits wären da rechtspopulistische bis rechtsradikal eingestellte Mitglieder, Anhänger und Stimmen, die vor allem über Anti-Euro-Ressentiments und über die Strategie inszenierter Konfrontationen mit Meinungsforschungsinstituten, vermeintlichen Gegendemonstranten und dergleichen mehr mobilisiert werden. Es wäre, im Erfolgsfall, eingetreten, was bisherige Unions-Wahlstrategien immer vermeiden wollten und konnten: eine Partei rechts von der Union zieht in den Bundestag ein. Sollte diese Mischung aus marktliberaler, ordnungspolitischer Radikalität und rechtspopulistischem Protest tatsächlich den Einzug schaffen, könnte es zu einer nachhaltigen Veränderung der Parteienlandschaft kommen, deren erste Folge sehr wahrscheinlich eine Koalition von Union und SPD zur »Wahrung der politischen Stabilität in Deutschland aus Verantwortung vor seiner Rolle in Europa und der Welt« sein würde.

2.3. Übersichten zur Ausgangsposition der Linkspartei

DIE LINKE hatte 2009 erstmals außerhalb von Berlin Direktmandate errungen, die weitgehend verteidigt werden wollen und sollen. Die Ergebnisse in den 16 Wahlkreisen mit siegreichen LINKE-Kandidat_innen lauteten:

Tabelle 2: Gewonnene Direktmandate der LINKEN 2009

			Wahlbe- rechtigte	Wähler	Wahlbe- teiligung	Erststimmen	
						abs.	rel.
14	MV	Rostock – Landkreis Rostock II	224.968	149.341	66,4%	46.323	31,5%
57	BB	Uckermark – Barnim I	168.604	105.423	62,5%	32.670	32,0%
59	BB	Märkisch-Oderland – Barnim II	255.845	174.098	68,0%	62.644	37,0%
63	BB	Frankfurt (Oder) – Oder-Spree	208.525	139.228	66,8%	43.589	32,3%
64	BB	Cottbus – Spree-Neiße	196.389	128.179	65,3%	37.224	30,0%
66	ST	Altmark	182.677	112.980	61,8%	36.910	33,4%
69	ST	Magdeburg	249.356	150.236	60,2%	47.303	32,1%
71	ST	Anhalt	253.026	145.615	57,5%	44.803	31,5%
72	ST	Halle	223.268	139.785	62,6%	46.272	33,7%
74	ST	Mansfeld	232.086	136.840	59,0%	47.051	35,2%
76	BE	Berlin-Pankow	232.250	166.099	71,5%	47.070	28,8%
84	BE	Berlin-Treptow-Köpenick	200.391	142.838	71,3%	62.880	44,8%
85	BE	Berlin-Marzahn-Hellersdorf	203.416	128.897	63,4%	60.236	47,7%
86	BE	Berlin-Lichtenberg	204.766	132.766	64,8%	61.874	47,4%
194	TH	Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis	245.228	164.803	67,2%	49.344	30,4%
197	TH	Suhl-Schmalkalden-Meiningen- Hildburghausen	207.012	130.502	63,0%	41.361	32,2%

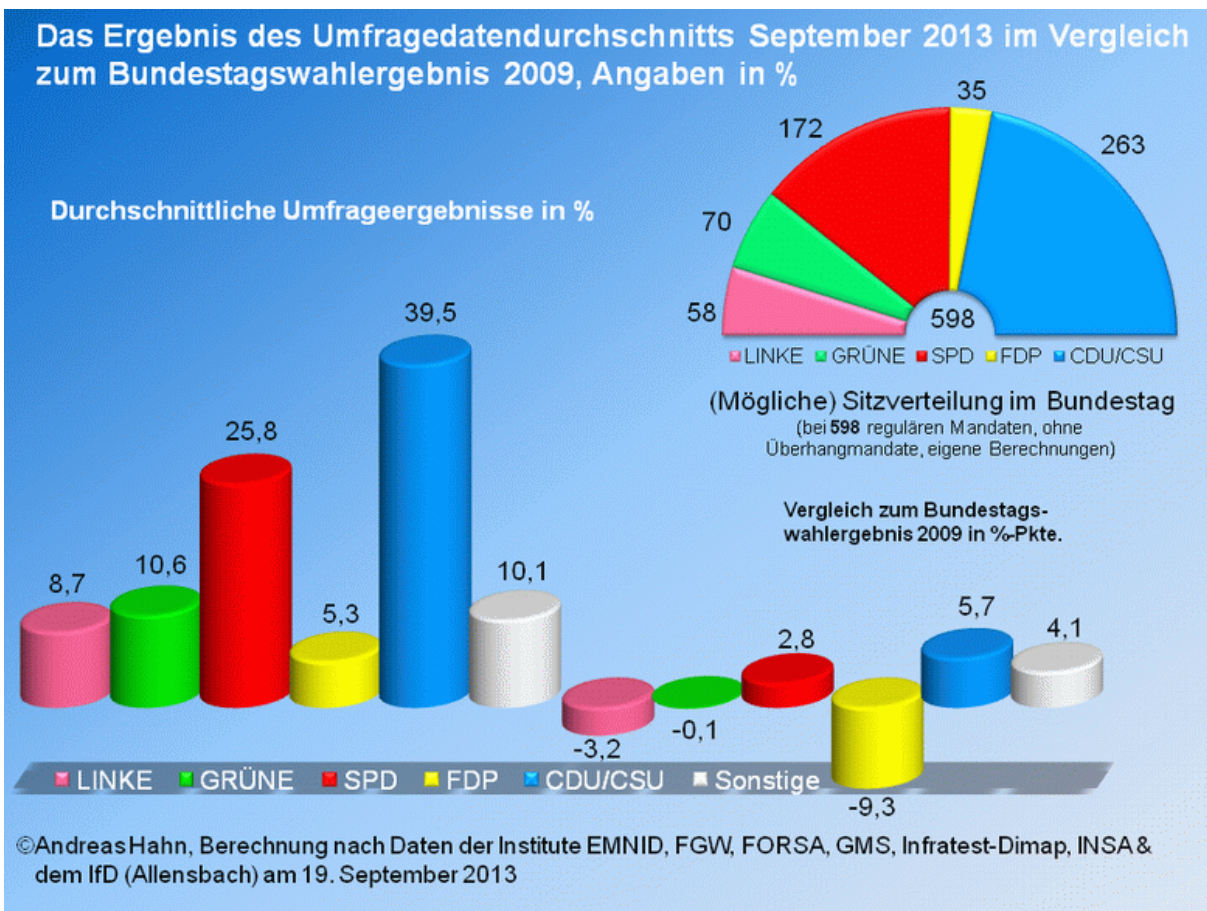
Quelle: Bundeswahlleiter; Ergebnisse 2009 umgerechnet auf Wahlkreiseinteilung 2013

Tabelle 3: Das Wahlergebnis der Linken 2009 nach Ländern (Zweitstimmen)

	Absolute Stimmen		Anteil Wahl- berechtigte	Anteil gültige Stimmen	Mandate
	Gesamt	+ / - 2005			
Bund	5.155.933	25,2%	8,3%	11,9%	76
West	2.974.801	58,7%	5,9%	8,3%	42
Ost	2.181.132	-2,8%	18,1%	28,5%	34
BW	389.637	77,8%	5,1%	7,2%	6
BY	429.371	75,5%	4,6%	6,5%	6
BE	348.661	14,8%	14,1%	20,2%	5
BB	395.566	-5,0%	18,6%	28,5%	6
HB	48.369	58,2%	9,9%	14,3%	1
HH	99.096	66,7%	7,9%	11,2%	1
HE	271.455	51,7%	6,2%	8,5%	4
MV	251.536	7,2%	18,0%	29,0%	4
NDS	380.373	85,4%	6,2%	8,6%	6
NRW	789.814	49,0%	5,9%	8,4%	11
RP	205.180	55,3%	6,6%	9,4%	3
SL	123.880	5,8%	15,3%	21,2%	2
SN	551.461	-8,7%	15,7%	24,5%	8
ST	389.456	1,0%	19,2%	32,4%	6
SH	127.203	61,5%	5,7%	7,9%	2
TH	354.875	-6,2%	18,5%	28,8%	5

Quelle: Bundeswahlleiter, Amtliches Endergebnis; Eigene Berechnung

3. Stand der Meinungsbildung im Spiegel der Sonntagsfrage



Ausführliche Kommentierung zum Schaubild hier: http://www.wahlen-heute.de/html/aktuelles_kommentare.html

Zu den »Wahlberichten«

Die »Wahlbericht« sind ein Projekt, das von Benjamin-Immanuel Hoff begonnen, gemeinsam mit Horst Kahrs weiterentwickelt und mittlerweile mit wechselnder Autorenschaft unter Federführung von Horst Kahrs als Teil der nationalen und internationalen Wahlberichterstattung der Rosa-Luxemburg-Stiftung fortgeführt wird. Die »Wahlbericht« erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen. Inzwischen erscheinen zuweilen auch ein »Wahlvorbericht« und »Wahlachlesen«.

Die »Wahlbericht« und linke Wahlanalysen im Netz:

<http://rosalux.de/staatdemokratie/thema/parteienwahlanalysen.de>

sowie mit der Möglichkeit zur Kommentierung und Ergänzung in den Blogs:

<http://www.horstkahrs.de>

<http://wahlanalysen.wordpress.com>

Zu den Autoren

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und Publizist, lebt in Berlin und arbeitet seit 2012 am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin mit den Arbeitsschwerpunkten Wahlforschung, Sozialstruktur- und Klassenanalyse.